



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cl., G.: Innere Kolonisation!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Innere Kolonisation!



ie verschiedenen Aufsätze in den Grenzboten über innere Kolonisation, Landflucht, ländliche Arbeiterfrage, Ansiedlungskommission und verwandte Fragen haben in der Presse Ostdeutschlands in wachsendem Maße Beachtung gefunden und mir eine große Anzahl von Zuschriften zustimmenden und ablehnenden Inhalts eingetragen.

Besonders aber hat der Aufsatz des Raumburger Arztes Schiele „Die Schicksalsstunde der deutschen Landwirtschaft“ die Aufmerksamkeit erregt, die der Fortentwicklung des Ostmarkenproblems nur förderlich sein kann. Die Frage der inneren Kolonisation kann keine Parteifrage sein. Sie ist eine nationale Frage von der ernstesten und weittragendsten Bedeutung. Sie berührt alle unsere wirtschaftlichen und kulturellen Gebiete auf das empfindlichste, mögen sie sich hinter Welt- oder Kolonialpolitik, Agrar- oder Industriepolitik verstecken oder in sozialen Fragen oder solchen der Nationalität zum Vorschein kommen. Die Frage der inneren Kolonisation nähert sich in ihrer Entwicklung dem Stadium, in dem man sie als das brennendste Problem für das deutsche Volk bezeichnen wird.

Im Mittelpunkt des Problems steht die Frage: Wie schaffen wir eine genügend zahlreiche deutsche Bevölkerung, um uns im Kampfe der Völker um die Existenz nicht etwa über See sondern auf dem Kontinent über die kurze Spanne von drei oder vier Generationen hinaus erhalten zu können?

Allein schon durch die Fragestellung wird es klar, um welche große Aufgabe es sich hier handelt. Es ist in der Tat eine Aufgabe, die sehr wohl geeignet sein könnte, Einzelinteressen der verschiedenen Bevölkerungsschichten und der einzelnen Gewerbe zugunsten eines allgemeinen großen Volksinteresses zurücktreten zu lassen. Angesichts dieser Tatsache kann ich mir daher nicht denken, daß die konservative Partei sich mit den Äußerungen solcher Organe identifiziert, die eine ernsthafte Behandlung des Problems als eine Ausgeburt liberalen Parteihaßes gegen die Konservativen bezeichnen. Die Frage auf den Parteifarren laden zu wollen, bedeutete ihre Preisgabe. Keine Partei wäre allein imstande,

sie praktisch zu fördern, es sei denn im Wege des Umsturzes. Dabei gibt es im Reiche keine zweite Aufgabe, deren Durchführung so sehr geeignet wäre, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, wie eben die der inneren Kolonisation. Von solchen großen Gesichtspunkten aus wird sie in den Grenzboten seit Jahren behandelt.

Für die praktische Lösung muß die Frage naturgemäß erheblich enger gefaßt werden als es oben geschieht; es genügt, sie unter dem Gesichtspunkt der Entvölkerung des Ostens zu betrachten, um uns auf den richtigen Weg zu führen.

* * *

Ich weiß nicht, wer das Wort „Landflucht“ aufgebracht hat; doch glaube ich, daß es die Landwirte gewesen sind, als sie sich plötzlich der Tatsache des massenhaften Abzuges von Landarbeitern gegenübersehen. Und doch ist es seiner inneren Bedeutung nach nur ein gutes Schlagwort für die Gegner der Landwirtschaft. Wer „flieht“, fürchtet sich vor etwas, den treibt etwas fort; er stürzt planlos davon. Darum liegt auch in dem Wort „Landflucht“ alles das vereinigt, was gegen die Landwirte und besonders gegen den Großgrundbesitz an Vorwürfen zusammengetragen worden ist, wegen schlechter Behandlung der Leute, schlechter Wohnungseinrichtungen, schlechter Bezahlung, schlechter sanitärer Verhältnisse usw. Tatsächlich bezeichnet das Wort „Landflucht“ die Bewegung, die wir aus den Dörfern der Ostmark nach dem Westen hin beobachten, nicht. Denn wenn auch in der Zeit, als unsere Auswanderung die größte Zahl erreichte, die Erwerbsverhältnisse auf dem platten Lande so mangelhaft waren, daß das Land zahlreiche Familien nicht zu erhalten vermochte, so war es doch in erster Linie die Hoffnung auf Verbesserung der Lage, die die Leute fortlockte. Sie flohen nicht, sie wurden gezogen! Besonders, nachdem die ersten Auswanderer in Rußland und Amerika zu leidlichen Verdiensten gekommen waren und ihren Angehörigen daheim von ihrem Wohlstand erzählen konnten, hat sich auch bei den Zurückgebliebenen die Sehnsucht herausgebildet, die geschilderten Vorteile selbst genießen zu können. Als dann die Industrie in Deutschland entwickelt wurde, um der Auswanderung zu steuern und als in leicht erreichbarer Nähe, wenn nicht amerikanische Verhältnisse so doch wenigstens auf dem Lande unbekanntere Verdienste und Freiheiten möglich wurden, da wandelte sich die geheime Sehnsucht in Sucht, und angezogen von den neuen großen Erwerbsaussichten, verlassen die Landbewohner auch heute noch ihre Heimstätten, wo sich die Verhältnisse doch schon längst recht ins Gegenteil verschoben haben.

Einmal in Bewegung gesetzt, konnte der gewaltige Strom, der sich von Osten nach Westen hin ergoß, nicht dadurch aufgehalten werden, daß die Landwirtschaft, die selbst infolge der Industrialisierung bessere Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte erhielt und nun emporblühte, erhebliche Aufwendungen und Anstrengungen machte, um die soziale Lage ihrer Arbeiter zu heben. Die Wohnungen wurden verbessert, das Deputat wurde vergrößert, hier und dort

richteten weitsichtige Gutsherren Möglichkeiten für die Schaffung von Pachtstellen ein. Mit einem Wort, der intelligentere und weitsichtigere Teil des Großgrundbesitzes, der selbst mit dem Boden eng verwachsen war, suchte auch bei sich die Faktoren zu beseitigen, die die Stadtsucht der Landbevölkerung fördern konnte.

Aber er kam zu spät.

Die junge Generation, die in den Jahren der Hochkonjunktur der Industrie in den Städten ein leichteres Fortkommen fand, war für das Land verloren. Jene ersten und ihre Kinder sind vielfach längst in bürgerliche Verhältnisse aufgerückt und mancher von ihnen ist vielleicht von der Welle der Hochkonjunktur so hoch getragen, daß sein Einkommen größer ist als der Wert des Besitzes seines früheren Herrn. So etwas spricht sich herum in der Heimat und die Geschichte eines besonders Begünstigten wird zur treu bewahrten Legende und zum Anreiz für die Nachfahren.

Als die industrielle Entwicklung bald eine Industriearbeiterfrage schuf, verhütete eine weise staatliche Sozialpolitik die sonst unvermeidlichen Folgen und ließ den Wunsch aufs Land zurückzukehren beim jüngeren Geschlecht nicht erst aufkommen. Die Städte, deren Steuerfädel durch das Wachstum von Industrie, Handel und Verkehr gleichfalls profitierte, sahen sich genötigt, ihre sanitären Anlagen zu verbessern und solche Wohngelegenheiten zu schaffen, die den ländlichen aus den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts doch sehr erheblich überlegen waren. (Ich verweise hierzu auf Photographien, die ich im Jahre 1909 in der Leipziger Illustrierten Zeitung veröffentlicht habe und die die Arbeiterwohnungen aus der Mitte der neunziger Jahre mit denen von 1908 in der Gegend von Gnesen in Vergleich stellen.) Hinzu traten dann die schier unbegrenzten Möglichkeiten, sich zu amüsieren, Freundschaften zu schließen und sonstigen Anschluß zu finden, was auf dem Lande doch recht erschwert ist, wenn nicht zufällig sehr günstige Verbindungswege den Verkehr der Dörfer und Güter untereinander erleichtern.

So hat die Sucht der niederen Landbevölkerung, in die Städte zu ziehen, vielfach auch dieselben Gründe, die den Gutbesitzerohn hindern, in Wreschen oder Stallupönen in Garnison zu gehen und ihn lieber veranlassen, wenn er es in pekuniärer Hinsicht irgendwie ermöglichen kann, sich in die Großstädte, nach Berlin, Potsdam, Königsberg oder Breslau zu begeben, und dann nach einigen frohverlebten Militärjahren auf die väterliche Klitsche zurückzukehren. Es sind dieselben Gründe, die den reichen Bauernohn der Weichselniederung veranlassen, lieber drei Jahre bei der Totenkopfbrigade in Danzig als zwei Jahre bei den Jägern in Kulm zu dienen. Die Gemeinsamkeit dieses Zuges, der sich auch noch in mancher anderen Erscheinung unseres gesellschaftlichen Lebens wieder spiegelt, wollen wir nicht unberücksichtigt lassen, weil er uns die Möglichkeit gibt, ein Argument zurückzuweisen, mit dem gegen die sogenannte „Landflucht“, die tatsächliche Stadtsucht, zu Felde gezogen wird.

Die Ostpreußische Zeitung nennt in ihrer Nummer 198 vom 21. Juli d. J. den „Hang zum möglichst mühelosen Sichbereichern“ als einen der wesentlichsten Gründe für die sogenannte Landflucht. Dieser „Hang“ ist nicht nur der Landarbeiterschaft eigen. Er hat alle Kreise und zwar nicht etwa nur die sogenannten gewerblichen erfasst. Es ist der Zug des aufgeklärten Zeitalters, wenn wir danach streben, unter Aufwand möglichst geringer Kräfte möglichst große Leistungen zu erzielen, und daß der Wertmesser für diese Leistungen das Geld geworden ist, liegt nicht an einzelnen Klassen der Bevölkerung oder an einzelnen Personen: Ich glaube, Schmoller ist es, der dieses Prinzip als den gesundesten Grundsatz des Wirtschaftens bezeichnet, und ich meine, daß gerade die am besten geleiteten Landgüter diesem Grundsatz in erster Linie ihren Aufschwung verdanken. Auch auf dem Lande denkt man heute in erster Linie an pekuniäre Beengtheit, wenn man von jemanden sagt, er sei nicht recht vorangekommen. So wird man denn auch mit einem solchen Argument gegen die Stadtsucht nicht viel ausrichten und insolgedessen auch nicht mit allen den Vorschlägen, die Rückkehr zur Frömmigkeit, zum Gottesglauben, zur Kirche und zur Unterwürfigkeit gegen die Obrigkeit verlangen, um auf diesem Wege den Wert der schweren Arbeit wieder zu Ehren zu bringen. Die Nation ist von ihrem äußersten sozialistischen bis zu ihrem äußersten konservativen Flügel über diese Anschauungsweise hinaus. Ob zu ihrem Heile oder nicht, ist eine Frage für sich. Religiosität und Wirtschaftlichkeit schließen einander zwar nicht aus, aber jedes von ihnen ist vom anderen unabhängig. Wirtschaften heißt, mit den geringsten Mitteln die größten Leistungen vollbringen, und zwar nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Gesamtheit, für den Staat. Zu den Mitteln, die wir in die Wirtschaft einsetzen, gehören ebenso die Sehnen und Muskeln des menschlichen Körpers und der menschliche Geist, wie die Verkehrsmittel, und unter ihnen das Geld.

Haben wir somit zugegeben, daß die Industrialisierung die wichtigste Ursache für die Stadtsucht ist, so geben wir weiter im Sinne der agrarischen Blätter und auch im Sinne des Herrn Treichel zu Goslar, der sich in Nummer 355 der Deutschen Tageszeitung äußert, zu, daß es die Großstädte sind, von denen aus der Ruin unseres Volkes zu befürchten ist. Die Ostpreußische Zeitung und mit ihr die preußischen Konservativen mögen aus diesem Zugeständnis ersehen, daß wir durchaus nicht gewillt sind, irgendeiner Partei zuliebe unsere Ansichten einzurichten, sondern daß es uns lediglich darauf ankommt, das große nationale Problem zur Erörterung zu bringen und an seiner Lösung mitzuarbeiten.

* * *

Daß die Großstädte, wenigstens so wie sie heute sind, die Nation ruinieren, wird in den Städten selbst am meisten empfunden. Die unparteiische Bewegung der Bodenreformer ist das beste Zeichen dafür, daß man sich in den Städten nicht mehr wohl fühlt, und ein ernstes Symptom dafür, daß die Stadt-

verwaltungen den an sie gestellten Aufgaben in bezug auf eine im volksgesundheitlichen Sinne rationelle Unterbringung ihrer Bewohner nicht mehr gewachsen sind. Noch umfaßt diese Bewegung nicht die große Masse, und zwar deshalb, weil sie, von bürgerlichen Kreisen ausgehend, zuerst das Mißbehagen der „reinen Konsumenten“, der Staats- und Kommunalbeamten ebenso wie der Privatangestellten widerspiegelt. Nur in Berlin hat sie einen größeren Umfang erreicht durch die Agitation des Zweckverbandes unter Leitung des früheren Kolonialstaatssekretärs Erzellenz Dernburg. Die Schärfe dieser Agitation ist aber ein Symptom dafür, das der städtische Mittelstand sich bereits nach Bundesgenossen in der Masse umsieht; ich persönlich halte z. B. die mehr und mehr bei den Liberalen sich zeigende Hinneigung zur Sozialdemokratie, von der übrigens auch sonst ganz konservative Männer in den Städten nicht ganz frei sind, vielmehr für ein Zeichen der Unzufriedenheit mit dem freisinnigen Stadtregiment, als für Haß gegen das sogenannte Junkertum und ich glaube, daß heute die Parole gegen das in den Städten herrschende Wahlrecht, den Kampfruf gegen das preußische erheblich verstummen ließe.

Mit einem Wort: gegen die Stadtsucht beginnt die natürliche Reaktion einzusetzen.

Nun wird man theoretisch folgern dürfen, daß diese Reaktion eine „Stadtsucht“ zur Folge haben könnte. Leider sind wir aber nicht so weit. Ein Sehnen nach dem Lande ist freilich vorhanden. Das läßt sich nicht mehr bestreiten. Nicht nur in unsern oberen Schichten, nicht nur bei unsern Bankiers, die sich Herrenstühle kaufen können, nicht nur bei unsern geistigen Arbeitern, die sich bescheidene Eigenheime an den Peripherien der Großstädte bauen, nicht nur bei unsern Pensionären. Dies Sehnen nach dem Lande tritt uns entgegen in den stundenweit von den Städten entfernt liegenden Laubenkolonien, in denen die Fabrikarbeiter mit ihren Familien den ganzen Sommer zubringen. Man blicke nur von Osten oder Norden kommend zum Fenster des eilenden Schnellzuges heraus, so wird man schon vierzig, fünfzig Kilometer von Berlin entfernt die ersten charakteristischen Merkmale solcher sommerlicher Arbeiter-siedlungen bemerken.

Doch dem Sehnen der breiten Masse kommen die Verhältnisse nicht entgegen. Die Stadtsucht wurde, wie oben erklärt worden ist, entwickelt durch die größere Erwerbsmöglichkeit und Bewegungsfreiheit, die die Industrie mit allen ihren Folgeerscheinungen, wie der zentralisierenden Tendenz der Verkehrspolitik, schaffte. Die Sehnsucht, auf das Land zurückzukehren, wird gedämpft durch die Tatsache, daß man sich mit dem Auszug auf das Land die Erwerbsbedingungen erschwert und sich mancher persönlicher Freiheiten begibt. Wie stark aber muß die Sehnsucht, aufs Land zu kommen, sein, wenn unsere Fabrikarbeiter und niederen Angestellten sich nicht scheuen, täglich zwei, drei Stunden auf der Eisenbahn zuzubringen, und dann vielleicht noch einen einstündigen Fußmarsch zurückzulegen, lediglich um aus dem Staube der Großstadt heraus sich an der ländlichen Natur erfreuen zu können!

Das sind kurz zusammengefaßt die Beobachtungen der Gegenwart und die Lehren der Geschichte. Sie sollten die Grundlage und den Ausgang für alle praktischen Vorschläge zur Bewältigung des Problems der inneren Kolonisation bilden, wenn sie gleich den für die Landwirtschaft brennendsten Teil der Frage, die Landarbeiterfrage, nicht zu berühren scheinen.

* * *

In der Landarbeiterfrage vermag ich den Wegen Schiele's und anderer hochgeschätzter Mitarbeiter nicht bis zu Ende zu folgen. Wir stehen ihr gewissermaßen mit gebundenen Händen gegenüber. So betrübend die Erscheinung tatsächlich ist, daß wir einer Million Fremder zur Bewältigung unserer wirtschaftlichen Aufgaben bedürfen, hieße es das Land einer gefährlichen Krise zuführen, wollte man den Zuzug von ausländischen Arbeitern erschweren oder gar unterbinden. Wir brauchen die Fremden, weil wir nicht genug eigne haben, und wenn auch in der Folge dieses Bedürfnisses Verhältnisse entstehen, die zur Unterbietung der Einheimischen durch Fremde führen, so wäre es doch unmöglich, den Hebel an diesem Punkte anzusetzen, weil damit unsere gesamte Wirtschaft gefährdet, unsere Weltstellung in Frage gestellt würde. Vielleicht ließe sich der Zuzug Fremder in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression verbieten, unter keinen Umständen jetzt, wo alle Industriezweige durch gute Ernten, allgemeine Steigerung des Weltverkehrs und durch Verstärkung der Rüstungen in allen Staaten einen mächtigen Impuls bekommen haben. Mit den fremden Arbeitern müssen wir zunächst rechnen wie mit einem notwendigen Übel. An diesem Teil der ganzen Frage kann einstweilen nur mit kleinen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Mitteln gearbeitet werden. Das geschieht ja auch. Die große Aufgabe ist, die fremden Arbeiter in Zukunft überflüssig zu machen, indem ihnen eine genügende Zahl eigener Volksgenossen entgegengestellt wird. Darauf muß das Ziel der inneren Kolonisation gerichtet sein und in dieser Richtung kann auch etwas geleistet werden, wenn man dem Sehnen der Städter, wieder aufs Land herauszukommen, möglichst Rechnung trägt und alle die Schranken beseitigt, die heute noch das Sehnen dämpfen. Oder anders ausgedrückt: wenn man sich nicht begnügt, die Frage nur an einem Punkte anzufassen, vielmehr alle Verhältnisse in Land und Stadt und Staat, die sich mit dem Problem berühren, auch zur freien Lösung heranzieht.

* * *

Hiermit komme ich zu praktischen Vorschlägen. Sie liegen in zwei Richtungen: 1. Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten auf dem platten Lande und 2. möglichste Beseitigung aller in der Gesetzgebung und Verwaltung vorhandenen Hemmungen, die die Ansiedlung von Städtern auf dem Lande ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung und Profession beeinträchtigen.

Die Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande liegt zum großen Teil in dem Machtbereich der Großgrundbesitzer. Sie wird auch von

konserverativer und von agrarischer Seite anerkannt. Punkt 4 der Vorschläge der Ostpreussischen Zeitung lautet ausdrücklich: „Man fördere die Heimarbeit nach Kräften“; in Punkt 5 heißt es: „Man fördere die Stellenvermittlung vor den Reservistenentlassungen“. Punkt 6 fordert: „Jeder Gutsbesitzer begnüge sich nicht mit der jetzt meist üblichen Tarifierung seiner Löhne auf Instleute, Knechte, Scharwerker usw., sondern er gewähre staffelmäßig Lohnerhöhungen, vielleicht alle drei Jahre. Dies Verfahren bewährt sich überall, wird auf dem Lande aber noch fast gar nicht angewandt. Die geringe Mehrausgabe an Deputat oder auch Bargeld trägt hundertfältige Zinsen.“ Wer könnte gegen solche Vorschläge etwas einzuwenden haben! Es ist mir ferner bekannt, daß einige, leider nur sehr wenige Großgrundbesitzer sich gegenwärtig mit der Durcharbeitung der Frage befassen, wie sie auf ihren Gütern eine sogenannte Winterindustrie schaffen könnten, die geeignet wäre, einer bestimmten Anzahl von Sommerarbeitern genügenden Erwerb auch im Winter zu sichern. Die hiermit verbundenen Schwierigkeiten sind zweifellos groß, aber, besonders bei weitester Anwendung des Genossenschaftsprinzips, doch nicht unüberwindbar. Aber damit nicht genug. Soll etwas ersprießliches geleistet werden, so müssen die Landwirte mit der städtischen Industrie in Verbindung treten und dieser gewisse Zweige der Güterproduktion abnehmen. Weiter sollten die die Landwirtschaft vertretenden politischen Parteien sich nicht damit aufhalten, in den Städten den Mittelstand zu gewinnen, sondern sollten lieber auf den ländlichen Grundbesitz wirken, daß er sich eigene Absatzorganisationen in den Städten schafft, was wieder zahlreiche Familien des Kleinbürgertums zwingen würde, aus den Gemüse- und Kohlenkellern der Großstadt aufs Land hinaus zu gehen.

Schwieriger liegen die Dinge aber noch beim Landerwerb durch die Städter selbst; da herrscht gar keine Einigkeit bezüglich des Möglichen. Dieser Teil der Frage ist wohl auch noch nie im Zusammenhang dargestellt worden. Das Thema ist auch heikel genug. Wer dem Problem energisch zu Leibe geht, kann leicht in den Verdacht geraten, Umstürzler und Aufrührer zu sein, da er von den Großgrundbesitzern als prinzipieller Feind des Großgrundbesitzes und von den städtischen Hausbesitzern als prinzipieller Feind dieses Standes bezeichnet werden dürfte. — Selbstverständlich ohne es sein zu müssen. Daß ich über diesen Vorwurf erhaben bin, wird der nicht voreingenommene Grenzbotenleser vielleicht schon herausgefunden haben; wenn nicht, möchte ich auf den Artikel des Herrn Regierungsrats von Gottberg aufmerksam machen, der in einem der nächsten Hefte erscheinen soll und der das Märchen zerstört, das sich an den Satz klammert: „Latifundia Romam perdidere“.

Die befreienden Maßnahmen — wie ich die Gesamtheit der im zweiten Punkt genannten nennen möchte — berühren in der Tat sowohl die Stadt wie die Landwirtschaft. Sie fordern Sicherheitsmaßregeln gegen das Überhandnehmen der Konzentration des Landbesitzes in einer Hand, möge diese Konzentration nun durch Fideikommissstatute oder durch die Aktien- und die G. m. b. H.=

Gesetzgebung ermöglicht werden. Fruchtbare, zum Gemüsebau und zur Gartenkultur besonders geeignete Gegenden sollten durch den Städtebau und die Industrie ebensowenig in Steinwüsten umgewandelt, wie durch den reichen Grundbesitzer für Jagdliebhabereien mit Beschlagnahme belegt werden dürfen. Dorthin gehört der Bauer und der städtische Kleinbürger, der Kohl bauen und Obst und Gemüse ziehen will. Umgekehrt soll man nicht unfruchtbare Gegenden, wie die Tucheler Heide, Lüneburger Heide, Gebirge, den kleinen Stellenbesitzern überlassen, die auf ihnen nicht leben und nicht sterben können, weil sie nicht das Kapital und die großen kapitalistischen Organisationen zur Verfügung haben, die notwendig sind, um Heideland nach großen Gesichtspunkten zu bewässern, die Moorgebiete systematisch zu entwässern und die Gebirge gangbar zu machen. Der Moorkultur hat sich bei uns der Staat bemächtigt. Das ist erfreulich. Ob er aber glücklich handelt, wenn er schon bald an die Aufteilung der Moore an Bauern schreitet, vermag ich nicht zu entscheiden. Immerhin scheint es mir wirtschaftlicher zu sein, und es hätte wohl auch manche Enttäuschung erspart, wenn die großen Moorgebiete zunächst einmal durch den landwirtschaftlichen Großbetrieb für die Gras- und Viehwirtschaft bearbeitet würden. Zum mindesten wäre den Gesundheitsverhältnissen der Bevölkerung besser Rechnung getragen. Der Wald bildet unzweifelhaft die Domäne des Großgrundbesitzes, und man soll auch nicht versuchen, daran etwas ändern zu wollen, obwohl der Städter sich im Sommer dadurch gekränkt fühlt, wenn man ihn aus den großen Privatforsten mit reichen Wildbeständen ausweist. Die Selbender Forsten, oder die des Grafen Schaffgotsch und noch manche andere, bergen so viel Kulturfaktoren, daß man schon das Opfer bringen muß, das in der Entsammlung liegt, in solchen Wäldern nicht streifen zu dürfen.

Im übrigen müßte es Prinzip sein und dafür können alle Parteien ohne Unterschied der Weltanschauung eintreten, daß jeder Städter, der sich ein paar hundert Mark erspart hat, in den Stand gesetzt werden könnte, sich ein Gütchen, und seien es zwei Morgen, zu kaufen, und daß man alle Verhältnisse daraufhin prüfen sollte, ob sie dem tatsächlich vorhandenen Bedürfnis der Städter, aufs Land herauszukommen, Fesseln auferlegen oder nicht. Wer sich einmal der Mühe unterziehen wollte, die preussische Verwaltungsgesetzgebung und die Baupolizeivorschriften daraufhin durchzusehen, würde finden, wie viel bei einigem guten Willen erleichtert werden könnte, ohne auch nur ein Titelchen von seinem Parteistandpunkte abzuweichen zu brauchen. Haben wir erst deutsche Menschen draußen, dann wird sich auch die Landarbeiterfrage regeln und zwar ohne unser Zutun!

G. Cl.

